

Kinderstimmrecht für eine zukunftsfitte Politik?

Text: Julia Standfest

Österreich hat ein Problem. Uns gehen die Kinder aus und die Folgen sind mittlerweile spürbar: Es gehen die Arbeitskräfte aus, die geburtenstarken Jahrgänge gehen in Pension, und es rücken nicht genug Menschen am Arbeitsmarkt nach. Das Gesundheitssystem ist ebenso betroffen und auch das politische Klima wandelt sich: die ältere Generation wird zunehmend die stimmenstärkste Wählergruppe, mit der es sich kaum eine Partei verscherzen möchte.

Diese Entwicklungen waren Thema einer Veranstaltung der österreichischen Akademie der Wissenschaften. Namhafte Expert/innen tauschten sich am 19. Mai 2025 darüber aus, darunter auch die deutsche Soziologin Jutta Allmendinger, die sich nicht nur für eine neue Form der wissenschaftlichen Politikberatung aussprach, sondern auch ein Umdenken auf der Ebene der Partizipation fordert und ein Kinderstimmrecht



Kinder haben nur begrenzte Möglichkeiten, die Politik auf ihre Anliegen aufmerksam zu machen.

Wie denken Sie darüber?

Stimmen Sie ab unter www.familie.at/prouncontra oder schreiben Sie uns an presse@familie.at

© Pexels/Ron Lach

andenkt. So hätten die Stimmen von Personen mit Kindern dementsprechend mehr Gewicht und würde die Anliegen von Familien stärker legitimieren und für eine zukunftsfittere Politik sorgen. Ob damit die Interessen von Kindern gestärkt werden?

Kritiker/innen befürchten, dass diese Kinderstimmen nicht primär mit dem Fokus auf zukunftsgerichtete Politik verwendet werden, sondern für die Einzelinteressen der Eltern instrumentalisiert werden. Bedenken haben auch die Pensionistenvertreter/innen, die eine Spaltung der Gesellschaft durch eine solche Änderung des Wahlrechtes befürchten.

pro +



Jutta Allmendinger
Professorin für Bildungs- und Arbeitsmarktsoziologie
Humboldt-Universität Berlin

In Österreich wie in vielen anderen Ländern sehen wir gewaltige demografische Verschiebungen: Die Geburtenquote sinkt, die Lebenserwartung steigt. Migranten und Migrantinnen können die Schieflage zwischen dem Anteil von jungen und von älteren Menschen nicht ausgleichen.

Demografische Verschiebungen gehen mit noch größeren Verschiebungen in der Wählerschaft einher. Das Stimmrecht erhält man im Alter von 16 oder 18 Jahren, es erlischt mit dem Tod. Sprich: Die Verteilung von Stimmzetteln nach Alter ist noch „schiefer“ als die Verteilung der Gesamtbevölkerung nach Alter.

Dies bleibt nicht ohne Folgen. Politische Parteien werben um die meisten Wählerinnen- und Wählerstimmen. Sie brauchen die Stimmen der Älteren. Und diese erhalten sie, indem sie sich für deren Interessen einsetzen: Renten, Pflege, ein gutes Gesundheitssystem. Bessere Kitas, bessere Schulen, Gewaltschutz und die Armutsbekämpfung von Kindern sind sekundär. Meine Überlegung: Kinder sollten ab Geburt ein Stimmrecht haben, ausgeübt zunächst durch ihre Eltern. Diese treffen ja auch sonst alle Entscheidungen für ihre Kinder. Ein Haushalt hätte damit so viele Stimmen wie Personen, die in ihm leben. Die Stimmenmehrheit der Älteren würde nicht gebrochen, aber deutlich reduziert. Und die Zukunft bekäme Chancen.

contra



Barbara Blaha
Direktorin Momentum Institut

Familien kommen zu kurz in der Politik – klingt überzeugend, doch das vorgeschlagene Familienwahlrecht ist keine Lösung, sondern ein demokratischer Rückschritt. Denn hinter der vermeintlichen Gerechtigkeit, Eltern stellvertretend für ihre Kinder wählen zu lassen, verbirgt sich eine Umverteilung politischer Macht zugunsten traditioneller Familienmodelle. Historisch gesehen hat diese Praxis stets patriarchale und konservative Strukturen zementiert.

Die Demokratie gründet auf der Gleichheit jedes einzelnen Menschen – eine Stimme pro Person. Zusätzliche Stimmen für Eltern bedeuten eine Privilegierung bestimmter Gruppen und untergraben die politische Gleichheit. Kinder werden dabei nicht stärker vertreten, vielmehr erhalten Eltern – insbesondere aus klassischen Familien – ein ungerechtfertigtes Mehrgewicht.

Statt Stellvertreterpolitik brauchen junge Generationen direkte Teilhabe: gute Bildung, echte Chancengerechtigkeit und soziale Sicherheit. Wer wirklich Generationengerechtigkeit fördern will, sollte die strukturellen Ursachen sozialer Ungleichheit bekämpfen, anstatt politische Macht durch das Familienwahlrecht künstlich umzuverteilen.

Das Ergebnis unserer letzten Umfrage: Verpflichtende Rechtsinformation für Brautpaare:

50 % Prozent sprachen sich dagegen aus, 50 % waren dafür.